



GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

1. Quartal 2022

Rückblick
Frühjahrssession
2022

Weitere
gesundheitspolitische
Themen

EIN SERVICE VON



MSD

INVENTING FOR LIFE

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser

Vom 28. Februar bis zum 18. März 2022 versammelten sich die eidgenössischen Räte zur Frühjahrssession. Während drei Wochen berieten sie im Bundeshaus über politische Entscheide für die Schweiz und verabschiedeten 16 Vorlagen.

Im Bereich «Gesundheit» wurden die Differenzbereinigung zum Kostendämpfungspaket 1b geführt und weitere Beschlüsse gefasst, unter anderem zur Digitalisierung im Gesundheitswesen und zur Verbesserung der Impfstoff-Versorgung. Die Zusammenfassung der wichtigsten Informationen erhalten Sie im Teil «Sessionsrückblick».

Im zweiten Teil dieser Ausgabe erhalten Sie einen Überblick über aktuelle gesundheitspolitische Entscheide des Bundesrates und weitere Meldungen vom Bundesamt für Gesundheit (BAG), von Swissmedic und vom Bundesamt für Statistik (BFS).

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr Team von MSD

Sessionsrückblick

Die folgenden Geschäfte behandelten die eidgenössischen Räte während der Frühjahrsession 2022.

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

KOSTEN

19.046 Geschäft des Bundesrates

Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1)

Status: von beiden Räten behandelt. Das Geschäft geht an den Bundesrat.

Nachdem das Parlament ein erstes Paket mit weniger umstrittenen Massnahmen beschlossen hat, erweist sich das zweite von drei Paketen als umstrittener. In der Frühjahrsession hat der Nationalrat die Differenzbereinigung zum Kostendämpfungspaket 1b geführt.

Parallelimporte von Generika unter Umgehung von Swissmedic wurden abgelehnt. Es bleibt nur noch eine kleine Differenz bezüglich der Importerleichterungen für Generika. Definitiv beschlossen ist die Substitution, aber mit der Verschreibungsfreiheit des Arztes. Wie schon der Ständerat ist auch der Nationalrat gegen Rabattmöglichkeiten für die Krankenkassen. Auch diese Differenz ist bereinigt. Der Nationalrat will nun doch ein Kostenmonitoring im Gesundheitswesen. Daran beteiligen sollen sich alle Leistungserbringer, auch die Kantone sollen einbezogen werden.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190046>

VERSORGUNG

21.4346 Motion

Eingereicht von Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Forschung und klinische Versuche mit nichtkommerziellen Medizinprodukten fördern und nicht behindern. Anpassung von Gebühren und Auflagen ist dringend

Status: vom Nationalrat angenommen. Motion an 2. Rat

Der Bundesrat wird beauftragt, das Ausführungsrecht zum Heilmittelgesetz, insbesondere zu den Artikeln 4 bis 9, anzupassen, damit die nicht-kommerzielle klinische Forschung gefördert wird. Die aufwändigen Auflagen und die Tarife für die nicht-kommerziellen Versuche sind anzupassen, damit sie nicht weiter dazu führen, dass wichtige Forschungsvorhaben gar nicht erst gestartet werden können.

Relevant u. a. für Forschungsinstitutionen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20214346>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

DIGITALISIERUNG

19.4055 Motion

Eingereicht von Fraktion BD

Qualitätssicherung in der Pflege. Qualitätsindikatoren auch in der ambulanten Pflege überwachen

Status: vom Ständerat abgelehnt und somit vom Tisch.

Der Bundesrat wird aufgefordert, mit den durch Artikel 59 Buchstabe a des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) erhobenen Daten die medizinischen Qualitätsindikatoren des – analog zum stationären Pflegebereich – ambulanten Pflegebereichs zu überwachen und zu veröffentlichen.

Relevant u. a. für Spitäler, Pflegeinstitutionen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194055>

VERSORGUNG

19.3221 Motion

Eingereicht von Bea Heim (SP)

Impfstoffe. Versorgung verbessern, Zulassung vereinfachen

Status: von beiden Räten angenommen. Das Geschäft geht an den Bundesrat.

Der Bundesrat wird eingeladen, Massnahmen zu treffen und die nötigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen, welche die Impfstoffversorgung der Bevölkerung verbessern und dank der Vereinfachung der Zulassung absichern. Dabei ist die Vergütung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) so zu regeln, dass Impfwillige nicht mehr belastet werden, als wenn der Impfstoff in der Schweiz verfügbar wäre.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193221>

VERSORGUNG

19.4131 Motion

Eingereicht von Bea Heim (SP)

Versorgungssicherheit bei Impfstoffen

Status: vom Ständerat abgelehnt und somit vom Tisch.

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu prüfen, vorzuschlagen und umzusetzen, um die nötige Impfstoffversorgung der Schweiz möglichst bald sowie auch auf längere Sicht sicherzustellen. Dabei schlagen Fachleute folgende Massnahmen vor:

1. Zusätzlich zur Verfügbarkeit von Pockenimpfstoff und Impfstoffen gegen pandemische Influenza ist auch für die Verfügbarkeit jener Impfstoffe zu sorgen, bei welchen mit Versorgungsengpässen zu rechnen ist.
2. Entsprechend dem Modell anderer Länder (Österreich, Niederlande, England usw.) ist die Organisation eines zentralen Einkaufes mit mehrjährigen Lieferverträgen und garantierten Mengen vorzusehen.
3. Die Zulassung EMA-geprüfter Impfstoffe ist weiter zu beschleunigen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194131>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

VERSORGUNG

20.3068 Motion | Eingereicht von Philippe Nantermod (FDP)

Der Swissmedic eine gewisse Eigeninitiative zugestehen

Status: vom Nationalrat angenommen. Motion an 2. Rat.

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Änderung des Heilmittelgesetzes vorzuschlagen, um dem Schweizerischen Heilmittelinstitut (Swissmedic) die Berechtigung zu erteilen, Zulassungen von sich aus zu erweitern, wenn sich herausstellt, dass sie zu stark begrenzt sind oder nicht der klinischen Praxis und den Wirtschaftlichkeitsanforderungen entsprechen.

Der Bundesrat wird beauftragt, festzulegen, wie die Rahmenbedingungen für eine solche Eigeninitiative aussehen sollen und auf welche Art und Weise Leistungserbringer, Versicherer und Patienten- und Konsumentenorganisationen Swissmedic informieren können.

Relevant u. a. für Swissmedic, Patienten/-innen, Pharmaunternehmen, Bundesamt für Gesundheit, Krankenversicherungen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203068>

PATIENTENSICHERHEIT

19.4070 Motion | Eingereicht von Christian Lohr (Die Mitte-Fraktion)

Nationale Strategie für Kinder und Gesundheit

Status: vom Ständerat abgelehnt und somit vom Tisch.

Der Bundesrat soll dem Parlament eine nationale Strategie für Kinder- und Jugendgesundheit vorlegen. Die Strategie soll Ziele und einen Aktionsplan sowie eine gezielte langfristige Finanzierung beinhalten. Von der Gesundheit betroffene Politikbereiche (Bildung, Soziales) sowie Rahmenbedingungen, Umfeld und Lebensphasen sind mit einzubeziehen. Die Strategie sollte anschlussfähig an die strategischen Überlegungen für die Agenda 2030 sein.

Relevant u. a. für Akteure im Bereich Kinder- und Jugendgesundheit

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194070>

PATIENTENSICHERHEIT

21.4341 Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR

Kinderwunsch erfüllen, Eizellenspende für Ehepaare legalisieren

Status: vom Nationalrat angenommen. Motion an 2. Rat

Der Bundesrat soll eine gesetzliche Grundlage schaffen und deren Rahmenbedingungen festlegen, um die Eizellenspende für Ehepaare zu ermöglichen, bei welchen der Unfruchtbarkeitsgrund bei der Frau liegt.

Der Bundesrat legt ebenfalls eine Roadmap vor, die alle offenen Fragestellungen zum Sachverhalt thematisiert. Er informiert regelmässig über den Fortschritt der Arbeit.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Spitäler, Krankenkassen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20214341>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

21.4453 Postulat	Eingereicht von Josef Dittli (FDP)	DIGITALISIERUNG
Covid-Impfkampagne als Chance für das elektronische Patientendossier nutzen		
Status: vom Ständerat angenommen. Postulat an 2. Rat.		

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob aus den registrierten Covid-Impfdossiers und den Impfberechtigungen des Bundes und der Kantone individuelle Elektronische Patientendossiers (EPD) generiert werden können.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Spitäler, Ärzteschaft

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20214453>

21.3957 Motion	Eingereicht von Erich Ettlin (Die Mitte)	DIGITALISIERUNG
Digitale Transformation im Gesundheitswesen. Rückstand endlich aufholen!		
Status: von beiden Räten angenommen. Das Geschäft geht an den Bundesrat.		

Der Bundesrat wird beauftragt, die digitale Transformation im Gesundheitswesen endlich substantiell voranzubringen und sich dabei an der Wirkung anderer erfolgreich digitalisierter Gesundheitssysteme der OECD zu orientieren.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Spitäler, Ärzteschaft

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213957>

21.4313 Motion	Eingereicht von Marcel Dobler (FDP)	DIGITALISIERUNG
Schaffung eines elektronischen Impfausweises		
Status: vom Nationalrat angenommen. Motion an 2. Rat.		

Der Bundesrat wird beauftragt, die Einführung eines elektronischen Impfausweises kompatibel mit dem elektronischen Patientendossier (EPD) zu realisieren. Dieser Ausweis, der als Ersatzlösung der Online-Plattform [meineimpfungen.ch](https://www.meineimpfungen.ch) dienen soll, ist freiwillig und soll im medizinischen oder behördlichen Kontext verwendet werden können, wie der bisherige Papierschein. Der Halter des Ausweises soll seine Impfungen auch in einer App verwalten können. Aufgrund der Erfahrungen von [meineimpfungen.ch](https://www.meineimpfungen.ch), ist bei der Umsetzung einer neuen Lösung der Datenschutz und die Sicherheit zentral.

Relevant u. a. für Patienten/-innen, Spitäler, Ärzteschaft

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20214313>

Weitere gesundheitspolitische Themen im 1. Quartal

Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick über aktuelle gesundheitspolitische Entscheide des Bundesrates sowie Meldungen vom Bundesamt für Gesundheit (BAG), von Swissmedic und vom Bundesamt für Statistik (BfS).

VERSORGUNG

Pflegeinitiative: Bundesrat empfiehlt Umsetzung in zwei Etappen

Bundesrat

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 12. Januar 2022 entschieden, die Pflegeinitiative in zwei Etappen umzusetzen. Die Vorschläge für eine Ausbildungs-offensive und die direkte Abrechnung werden rasch und ohne erneute Vernehm-lassung wiederaufgenommen. Diese Elemente waren bereits im indirekten Gegen-vorschlag zur Initiative enthalten. Die Umsetzung nach anforderungsgerechten Arbeitsbedingungen und einer angemessenen Abgeltung benötigen dagegen mehr Zeit.

Die Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» wurde am 28. Novem-ber 2021 mit 61 % Ja-Stimmenanteil angenommen. Die Initiative verlangt insbesondere, dass genügend diplomierte Pflegefachpersonen zur Verfügung stehen, um dem wachsenden Bedarf nach Pflege gerecht zu werden. Zudem sollen Pflegefachpersonen künftig gewisse Leistungen direkt mit der obligatorischen Krankenpflegeversicherung oder anderen Sozialversicherungen abrechnen können.

Relevant u. a. für Pflegefachkräfte, Spitäler, Pflegeheime, Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-86761.html>

DIGITALISIERUNG

Bundesrat legt aktuelle Schwerpunkte für die Digitalisierung fest

Bundesrat

An seiner Sitzung vom 2. Februar 2022 hat der Bundesrat die Themen der Beirats-treffen Digitale Schweiz im laufenden Jahr festgelegt. Zudem wurde der Bundesrat über die Beiratstreffen und die Sitzungen des Ausschusses «Digitalisierung und IKT» im vergangenen Jahr informiert.

Das aktuelle Programm der Beiratstreffen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Behörden und Zivilgesellschaft wurde mit Blick auf die Aufträge erstellt, die der Bundesrat für das Jahr 2022 erteilt hat. Dazu gehören der Bericht zur Förderung der digitalen Selbstbestimmung und vertrauenswürdiger Datenräume, die Erneuerung der Strategie Digitale Schweiz sowie der Bericht zur Stärkung der digitalen Souveränität der Schweiz. Zudem soll das Treffen zur Digitali-sierung im Gesundheitsbereich nachgeholt werden, das aufgrund der Pandemie-situation verschoben werden musste.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen, v. a. für Krankenkassen, Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-87029.html>

VERSORGUNG

Versorgungsengpässe bei Humanarzneimitteln: BAG-Bericht zeigt Optimierungsansätze auf

Lieferprobleme bei Arzneimitteln sind ein weltweites Phänomen. Die Gründe dafür sind komplex. An seiner Sitzung vom 16. Februar 2022 hat der Bundesrat einen Bericht des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) zur Kenntnis genommen, der eine Reihe von Optimierungsmassnahmen vorschlägt. Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe wird beauftragt, diese Massnahmen eingehend zu prüfen und dem Bundesrat bis Ende 2022 Vorschläge zu unterbreiten.

Bei der Versorgung mit Arzneimitteln kommt es nicht nur in der Schweiz immer häufiger zu Engpässen. Verschiedene Faktoren können dazu führen, etwa Probleme bei der Verteilung, Wirkstoffknappheit, Produktionsunterbrüche, zeitweilig erhöhter Bedarf bei begrenzten Produktionskapazitäten, Qualitätsmängel des Endprodukts oder Verpackungsprobleme. In der Schweiz sind vor allem Arzneimittel, die auf das Nervensystem wirken (Schmerzmittel, Antidepressiva, Antiepileptika) von Engpässen betroffen.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Spitäler, Apotheken, Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87195.html>

Bundesrat

Bundesamt für Gesundheit
BAG

DIGITALISIERUNG

Datenschutz bei besonderen Versicherungsformen hat sich verbessert

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 23. Februar 2022 den Bericht zum Schutz der Patientendaten bei besonderen Krankenversicherungsformen genehmigt. Die vor mehreren Jahren getroffenen Massnahmen haben ihre Wirkung gezeigt. Die Kompetenzen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) werden für die Ausübung der Aufsicht über die Versicherer als ausreichend erachtet. Es sind keine zusätzlichen Massnahmen erforderlich.

Der Bericht geht aus einer Datenschutzerhebung zu den besonderen Formen der obligatorischen Krankenversicherung hervor, die sich um drei Fragen drehte. Bei der ersten Frage ging es darum, welche Daten zu welchen Zwecken und gegebenenfalls über welche Informationskanäle zwischen Versicherern und Arztpersonen ausgetauscht werden. Die zweite Frage befasste sich mit den von den Krankenversicherern getroffenen technischen und organisatorischen Massnahmen zum Schutz heikler Daten. Die dritte Frage betraf die Möglichkeiten der Versicherer, auf die IT-Systeme der Arztpraxen zuzugreifen.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Krankenkassen, Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-87259.html>

Bundesrat

KOSTEN

Organ- und Stammzellentransplantationen: Tarifverträge genehmigt

Der Bundesrat hat Anpassungen der zwei Tarifverträge zur Vergütung von Transplantationen von Organen und Stammzellen am 4. März 2022 genehmigt. Die zwei Tarifverträge wurden zwischen dem Schweizerischen Verband für Gemeinschaftsaufgaben der Krankenversicherer (SVK) und Die Spitäler der Schweiz H+ abgeschlossen. Die zwei Tarifverträge regeln die Vergütung von Leistungen im Bereich der Transplantation solider Organe sowie hämatopoetischer Stammzellen. Diese Vergütung ist nicht durch das Tarifsystem SwissDRG geregelt.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Spitäler, Krankenkassen, Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-87434.html>

Bundesrat

VERSORGUNG

Versorgungsqualität: Bundesrat legt Strategie und Ziele bis 2024 fest

Bundesrat

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 11. März 2022 die Strategie zur Qualitätsentwicklung im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) und die damit verbundenen Ziele verabschiedet. Diese Strategie soll die Qualität der Leistungen in der obligatorischen Krankenversicherung kontinuierlich verbessern. Strategie und Ziele wurden bis 2024 festgelegt.

Die neuen Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) und der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) sind am 1. April 2021 in Kraft getreten. Sie sollen die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung stärken. Die vom Bundesrat verabschiedete Strategie zur Qualitätsentwicklung im Rahmen der OKP ist Teil der Umsetzung dieser Bestimmungen. Die unter Mitwirkung der Gesundheitsakteure ausgearbeitete Strategie setzt Prioritäten bei der Umsetzung der Verbesserungsmaßnahmen und verfolgt zwei Stossrichtungen: Die erste setzt beim Gesundheitssystem an, die zweite bei den Leistungen. Als strategisches Organ hat der Bundesrat auch die zu erreichenden Qualitätsziele für die Jahre 2022 bis 2024 sowie die Jahresziele der neuen Eidgenössischen Qualitätskommission (EQK) festgelegt.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-87511.html>

KOSTEN

Kostendämpfung im Gesundheitswesen: Bundesrat schickt weitere Massnahmen in die Vernehmlassung

Bundesrat

Der Bundesrat hat zu Beginn dieses Jahres erste Massnahmen zur Dämpfung der Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) in Kraft gesetzt. An seiner Sitzung vom 11. März 2022 hat er weitere Massnahmen in die Vernehmlassung geschickt: Ein Experimentierartikel soll es ermöglichen, innovative Projekte durchzuführen, um das Kostenwachstum in der OKP zu bremsen, die Qualität im Gesundheitswesen zu stärken und die Digitalisierung zu fördern. Zudem werden Leistungserbringer und Versicherer verpflichtet, Bundesrat und Kantone kostenlos Daten zu liefern, falls diese für die Tarifierung von Leistungen benötigt werden.

Die Massnahmen erfordern eine Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und sollen am 1. Januar 2023 in Kraft treten. Sie gehören zum ersten Kostendämpfungspaket und sind damit Teil des Kostendämpfungsprogramms des Bundesrats. Es hat zum Ziel, den Kostenanstieg in der OKP und den Prämienanstieg zu bremsen. Das Parlament hat die entsprechende Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) am 18. Juni 2021 beschlossen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-87513.html>

PATIENTENSICHERHEIT

Bundesrat lehnt Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» ab

Bundesrat

Der Bundesrat empfiehlt, die Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Dies hat er an seiner Sitzung vom 18. März 2022 beschlossen. Die Initiantinnen und Initianten wollen sicherstellen, dass keine Impfpflicht eingeführt werden kann. Die Initiative verlangt, dass das Grundrecht auf körperliche und geistige Unversehrtheit vom Staat nur eingeschränkt werden darf, wenn die betroffene Person zustimmt. Damit geht der Initiativtext thematisch weit über das Impfen hinaus. Dies würde in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen zu Rechtsunsicherheit führen, etwa in der Strafverfolgung oder im Kindes- und Erwachsenenschutz. Bereits heute darf niemand zu einer Impfung gezwungen werden.

Relevant für die Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-87671.html>

DIGITALISIERUNG

Datenbank zur Arzneimitteldosierung bei Kindern: erste Phase erfolgreich abgeschlossen

Bundesamt für Gesundheit BAG

Die erste Betriebsphase von SwissPedDose, der nationalen Datenbank mit harmonisierten Empfehlungen zur Arzneimitteldosierung bei Kindern, hat die Erwartungen der Gesundheitsfachpersonen erfüllt. Ende 2021 umfasste die Datenbank über 460 Dosierungsempfehlungen zu den gebräuchlichsten 134 Wirkstoffen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG), in dessen Auftrag der Verein SwissPedDose die Datenbank betreibt, wird das Projekt weiterhin finanziell unterstützen.

Die Arzneimitteldosierung bei Kindern ist eine komplexe Aufgabe und für die meisten Fehler in der Pädiatrie verantwortlich. Da es noch nicht genügend speziell für Kinder entwickelte Medikamente gibt, sind die Gesundheitsfachpersonen oft gezwungen, die Verwendungsweise des Arzneimittels aufgrund ihrer praktischen Erfahrung an das Alter und die Körpermasse des Kindes anzupassen. Lange Zeit gab es unter den Gesundheitsfachpersonen keinen Konsens über die Dosierung.

Relevant u. a. für Ärzte, Spitäler, Krankenkassen, Patienten/-innen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-86733.html>

DIGITALISIERUNG

Das Datenmanagement im Gesundheitsbereich soll verbessert werden

Bundesamt für Gesundheit BAG

Mit verschiedenen Massnahmen will die Bundesverwaltung das Datenmanagement im Gesundheitsbereich nachhaltig verbessern. Dazu gehören automatische Meldesysteme zwischen verschiedenen Akteuren, ein Konzept für Identifikatoren der Gesundheitsregister, aber auch die Ausgestaltung einer Fachgruppe von Bund, Kantonen und Verbänden zur Führung und Steuerung eines gemeinsamen gesamtheitlichen Datenmanagements. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 12. Januar 2022 einen entsprechenden Bericht zur Kenntnis genommen und die betroffenen Departemente beauftragt, bis im Juli 2022 über das weitere Vorgehen Bericht zu erstatten.

Relevant u. a. für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-86762.html>

DIGITALISIERUNG

Erleichterter Zugang zum elektronischen Vigilance-Meldeportal (EIViS) für Apothekerinnen und Apotheker via hp-id

Swissmedic

Medizinische Fachpersonen können ab sofort EIViS mit ihrer Healthcare Professional Identity (hp-id) nutzen.

Apothekerinnen und Apotheker und andere medizinische Fachpersonen, die hp-id (Health iD/myTrust iD) nutzen, benötigen ab sofort für elektronische Meldungen vermuteter unerwünschter Arzneimittelwirkungen (UAW) kein separates Login: Sie können jetzt das Online-Meldetool EIViS der Swissmedic mit Ihrer hp-id nutzen. Elektronische Meldungen erleichtern die zeitnahe Bewertung durch Swissmedic und die regionalen Pharmacovigilance-Zentren.


Relevant u. a. für Apotheker/-innen

Quelle: <https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/news/mitteilungen/meldeportal-elvis-via-hp-id.html>

STATISTIK

Krebs in der Schweiz 2014 – 2018

Die Zahlen über die Krebsinzidenz und -mortalität in der Schweiz wurden (...) auf der Website des BFS aktualisiert. Die Statistik der Periode 2014 – 2018 liefert einen Überblick über die krebsbedingten Neuerkrankungen und Sterbefälle (Anzahl Fälle und Raten) sowohl bei Männern als auch bei Frauen und zeigt die Veränderungen seit 1989.

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik


Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2021-0530.html>

STATISTIK

Gesundheit: Taschenstatistik 2022

Wie hoch ist die Lebenserwartung bei guter Gesundheit? Wie viele Personen werden jeden Winter infolge Grippe hospitalisiert? Inwiefern hat sich der Anteil der übergewichtigen Bevölkerung in den letzten 30 Jahren erhöht? Wie hoch ist der Anteil älterer Menschen, die in einem Alters- und Pflegeheim leben oder Spitex-Leistungen in Anspruch nehmen? Wie viel geben die Haushalte monatlich für die Gesundheit aus?

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

In der neuen Ausgabe der Taschenstatistik wurde das Themengebiet Gesundheit vollständig überarbeitet. Die Antworten auf die obigen Fragen sowie viele weitere Informationen zum Gesundheitszustand der Bevölkerung und dessen Einflussfaktoren, zur Gesundheitsversorgung sowie zu den Gesundheitsausgaben werden in kompakter Form präsentiert und mit rund 40 neuen Grafiken illustriert. Die dazugehörigen Daten stehen im Anhang der Publikation zur Verfügung.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2022-0164.html>

Ausblick

Sommersession

Vom 30. Mai bis 17. Juni 2022 treffen sich die eidgenössischen Räte zur Sommersession.

Volksabstimmung

Am 15. Mai 2022 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über drei Vorlagen ab.

1. Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz, FiG) (BBI 2021 2326).
2. Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz) (BBI 2021 2328).
3. Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2021 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) (BBI 2021 2333).

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87602.html>